

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erstausgabe nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitung: u. Geschäftsstelle Dresden-R. 1, G. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21 206.
Postfach-Ronto Dresden 2486 / Staatsbank-Ronto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 85 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Restzeile 1 RM.
Erntedruckung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtag-Besuche, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsschuldenverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloß in Dresden.

Nr. 10

Dresden, Mittwoch, 13. Januar

1932

Der Reichspräsident bittet von einer weiteren Verfolgung des Weges einer parlamentarischen Lösung der Frage seiner Wiederwahl abzusehen.

Berlin, 12. Januar.

Der Reichspräsident empfing heute nachmittags den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag. Der Reichskanzler berichtete dem Reichspräsidenten über seine Fühlungnahme wegen der Möglichkeit einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag. Auf Grund dieses Vortrages hat der Reichspräsident den Reichskanzler, von einer weiteren Verfolgung des Weges einer parlamentarischen Lösung der Frage Abstand zu nehmen.

Die Vorbereitung der Volkswahl.

Berlin, 12. Januar.

Nachdem die Bemühungen des Reichskanzlers um die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zum Abschluß gekommen sind, beschäftigt man sich in politischen Kreisen stark mit der Frage der weiteren Entwicklung. Niemand bezieht eigentlich ein Zweifel darüber, daß jetzt der Weg zu der Volkswahl auf breiter Basis frei ist. Es ist als das Verdienst des Reichskanzlers anzusehen, daß er durch seine Bemühungen die Klärung der ganzen Frage vorbereitet hat.

Für die Einleitung der Volkswahl gibt es nach Ansicht politischer Kreise zwei Möglichkeiten: 1. eine Initiative der Partei-Führer. In dieser Richtung sind auch bereits Bemühungen im Gange, und zwar hat sich unseres Wissens Graf Westarp mit den Führern der anderen Gruppen der gemäßigten Rechten und der Mitte in Verbindung gesetzt, um entsprechende Schritte einzuleiten. Dabei ist es selbstverständlich, daß die ganze Frage jetzt mit dem größten Eifer behandelt werden muß, um in geeigneter Form vorwärtsgebracht zu werden. Als eine der ersten Voraussetzungen für das Gelingen betrachtet man es deshalb auch, daß die Bemühungen von vornherein auf eine möglichst breite Grundlage gestellt werden, das heißt daß der Bloß, der die Kandidatur des Reichspräsidenten für die Volkswahl vor schlägt, so weit wie möglich von rechts bis links reicht.

Ein zweiter Gehanke, den man heute abend erörtert, geht in der Richtung, daß die Wieder-aufstellung Hindenburgs durch ein Erreum führender Persönlichkeiten des deutschen Volkes behandelt wird, die nicht in erster Linie und ausschließlich Politiker sind. Es kämen also die Spitzen der Wissenschaft, der Wirtschaft, der verschiedenen Berufsstände usw. in Frage, um den Charakter der Volkswahl und des Eintrites ohne Unterschied der Parteien und der Stände besonders deutlich zu dokumentieren. In unterrichteten Kreisen rechnet man darauf, daß der Reichspräsident sich einem solchen Ruf nicht entziehen würde. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Entwicklung sich überstürzt vollzieht.

Die Antwort Hitlers.

Berlin, 12. Januar.

Wie Wolff Büro erzählt, hat Adolf Hitler seine Antwort auf die Frage wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten in Form einer längeren Denkschrift dem Reichspräsidenten direkt, nicht aber der Reichskanzlei überreicht. Es enthält eine ausführliche Darlegung der juristischen Bedenken, die nach nationalsozialistischer Auffassung einer Lösung auf parlamentarischem Wege von der verfassungsmäßigen Seite her entgegenstehen. Ein glattes Nein enthält die Antwort wohl nicht. Vor allem glaubt man in politischen Kreisen ihr aber entnehmen zu dürfen, daß auch die Nationalsozialisten sich kaum einer Volkswahl auf breiter Basis entgegenstellen würden. Das läßt sich vielleicht schon daraus erkennen, daß Hitler seine Auffassung dem Reichspräsidenten direkt überreicht und die Volkswahl offen gelassen hat.

Hitlers Brief an den Reichskanzler.

Berlin, 12. Januar.

Der Führer der Nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, hat heute folgendes Schreiben an Reichskanzler Dr. Brüning geschrieben:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!
Am 6. Januar 1932 teilte mir Reichsminister General Brüning mit, es bestünde die Absicht, die Volksentscheidung des Reichspräsidenten auf parlamentarischen Wege zu ver-

längern bzw. dem Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages neu wählen zu lassen. Reichsminister Brüning hat mich um Stellungnahme der Partei zu diesem Vorschlag.

Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mitzuteilen, daß die NSDAP bei aller Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten nicht in der Lage ist, diesen Vorschlag zu unterstützen. Ich lehne daher namens der nationalsozialistischen Bewegung unsere Zustimmung ab.

Die verfassungsmäßigen, außen- und innenpolitischen sowie moralischen Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme bewegen, werde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in einer eingehenden Darlegung angeben zu können.

Wit der Verankerung vorzüglicher Hochachtung bin ich sehr geehrter Herr Reichskanzler, Ihr sehr ergebener
Adolf Hitler.

Der „Sächsische Beobachter“ äußert sich zu der Ablehnung des Vorschlages des Reichskanzlers, eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag herbeizuführen zu lassen. Er sagt u. a., die überraschende Herabsetzung der Person des Feldmarschalls v. Hindenburg in die innerpolitische Atmosphäre habe einen ungünstigen Eindruck gemacht. Mit gutem Grunde hätte sich das Blatt während der Verhandlungen absolut zurückgehalten, und es tue das auch heute noch. Lediglich derjenigen Presse gegenüber, die die Verantwortung für den Mißerfolg der Aktion von den Urhebern dieser Aktion selber zu tragen sei. Deren Sache sei es, die Aktion zu verantworten und die Konsequenz aus ihrer Niederlage zu ziehen.

Die Bayerische Volkspartei zur Präsidentenwahl.

Berlin, 12. Januar.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei nahm am Dienstag einen ausführlichen Bericht ihres Vorsitzenden über die außen- und innenpolitische Lage entgegen, an den sich eine mehrstündige Aussprache schloß. Dabei stellte die Fraktion mit Genugtuung fest, daß die Stimmen der Wähler der Bayerischen Volkspartei vor sieben Jahren den Ausschlag für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten gegeben hätten. Um so lebhafter sei es zu bedauern, so heißt es in der parteiinternen Mitteilung, daß der Versuch der Reichsregierung, durch verfassungsänderndes Gesetz eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten herbeizuführen, durch den Widerspruch der Deutschnationalen und Nationalsozialisten gescheitert sei. Das sei gerade angesichts der bevorstehenden außerwichtigen außenpolitischen Verhandlungen unbegreiflich.

Die Kommunistische Partei und die Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 12. Januar.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat beschlossen, bei den Reichspräsidentenwahlen in jedem Falle als eigenen Kandidaten den Vorsitzenden der Partei, Ernst Thälmann, aufzustellen. Begründet wird dieser Entschluß damit, daß die Partei die Volksentscheidungen nicht als parlamentarische, sondern als außerparlamentarische Aufgabe und als einen Bestandteil des in ihrem Programm festgelegten Klassenkampfes anseht.

Ein neuer Notruf der Grünen Front.

Berlin, 12. Januar.

Die Grüne Front veröffentlicht einen mit den Unterchriften Brandes, Graf Kaldtruch, Herms, Jehr versehenen Notruf, in dem es u. a. heißt: Die ungeheure Not des Bauernstandes ist zu einer ersten Gefahr für unser Land geworden. Ohne Unterbrechung geht der Preissturz für Vieh, Vollerzeugungsergebnisse und die anderen Erzeugnisse des Bauern weiter. Nach den neuesten Feststellungen des Institutes für Konjunkturforschung betragen die Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft aus Getreide, Kartoffeln, Vieh, Vollerzeugungsergebnissen, Wern, Jader, Weizenmehl und Tabak im Jahre 1930/31 8 Milliarden RM. gegen 9 Milliarden RM. im Jahre 1929/30 und werden nach dem gegenwärtigen Stande der Produktionsbedingungen und der Preise für 1931/32 kaum mit mehr als 6,6 Milliarden RM. zu veranschlagen sein. Das bedeutet in den letzten beiden Jahren einen Rückgang um 26%, Pros. Jede Maßnahme, die, wie der Vollerzeugungsertrag, eine Kompensation für die Landwirtschaft darstellen soll, verliert ihren Sinn und Zweck, wenn nicht gleichzeitig einflußlos die Grundlagent für die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft wiederhergestellt werden. Hieran aber fehlt es. Die Rentabilität der Landwirtschaft kann unter der gegenwärtigen Umständen keineswegs allein durch Produktionskostensenkung erreicht werden, sondern bedarf vor allem auch einer nachdrücklichen Stützung von der Preisseite her. Von der Reichsregierung muß gefordert werden, daß sie endlich dem deutschen Bauern sein Recht zuteil werden läßt, indem sie ihn mit allen anwendbaren Mitteln vor der voranschreitenden Überflutung des deutschen Marktes mit ausländischen Erzeugnissen schützt, wie das die Regierungen

anderer Länder als ihre selbstverständliche Pflicht ansehen. Die Unterbindung jeglicher einseitiger Einfuhr von Nahrungs- und Genussmitteln und von Holz ist zudem zur Verteidigung unserer bereits fast zusammengebrochenen Währungsreserve unerlässlich. Es müssen auch alle Maßnahmen des Kommissars für Preisüberwachung sich hinsichtlich der Lebensmittelpreise auf die Herabminderung der Handels- und Bearbeitungspreise beschränken und dürfen nicht dazu führen, daß ein weiterer Druck auf die Preise ausgeübt wird, die der landwirtschaftliche Erzeuger erhält. Die Notverordnung vom 9. Dezember v. J. schafft trotz anerkannter Einzelmaßnahmen keine durchgreifende Hilfe. Ja sie verschärft sogar in gewisser Beziehung noch die ungünstige Lage der Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Wirtschaft. So stellt sich die Umsatzsteuererhöhung als eine abermalige Beeinträchtigung der Ertragsproduktion dar, die eine Entlastung gerade am dringlichsten braucht. Die durch die Notverordnung angeordnete Zinsenkung wird ohne nennenswerte Wirkung für die gesamte deutsche Wirtschaft bleiben, wenn nicht die entscheidende Stelle, nämlich die Reichsbank, endlich eine wesentliche Herabsetzung des Reichsbankdiskonts vornimmt. An Stelle immer wiederholter Versicherungen verlangen die deutschen Bauern endlich entschlossene Taten. Um diesem Verlangen den erforderlichen Nachdruck zu geben, richten wir an unsere Berufsorganisationen im Lande den Appell, in dem immer enger werdenden Kampf um ihre Existenz die höchste Geschlossenheit und Einigkeit zu bewahren. Wir empfehlen in allen Bundesstellen einheitliche Vorbereitung und Durchführung der aus der jeweiligen Sachlage notwendig werdenden Maßnahmen zur Erhaltung des deutschen Bauernstandes und zur Sicherung der Volksernährung.

Das Echo der Reichskanzlererklärung.

Berlin, 12. Januar.

Angesichts der Tatsache, daß in der französischen Presse die Erörterungen zu der Erklärung des Reichskanzlers über die deutsche Zahlungsunfähigkeit unter völlig falschen Voraussetzungen geführt werden, wird von unernüchter Seite erneut betont, daß die Erklärung des Kanzlers in keiner Weise als eine eindeutige Aufkündigung der Verträge im Sinne der seinerzeit in den Haager Verhandlungen erwähten Verzerrung des Youngplans aufzufassen ist. Die Äußerungen des Reichskanzlers hatten lediglich den Zweck, die Weltöffentlichkeit über den Standpunkt zu unterrichten, den Deutschland bei den Verhandlungen in Lausanne einnehmen wird, ebenso wie auch der französische Ministerpräsident den Standpunkt Frankreichs vor der Welt dargelegt hat.

In einem Teil der französischen Presse wird versucht, den Baseler Bericht in unzulässiger Weise auszudeuten. Wenn beispielsweise der „Matin“ bei Besprechung der Moratoriumfrage sagt, die französische Forderung eines einjährigen Moratoriums läge sich auf das Baseler Gutachten, so bezieht sich diese Behauptung auch nicht der geringste schuldige Grund. Im Gegenteil lehnt das Baseler Gutachten es ausdrücklich ab, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Weltwirtschaftskrise überwunden sein wird.

Investigation?

Ein Artikel des Oberpräsidenten Koße.

Berlin, 12. Januar.

Unter der Überschrift „Investigation?“ nimmt heute Oberpräsident Koße in der „EZ“ am Mittag“ zu der von einem französischen chauvinistischen Journalisten in Genf fälschlich verbreiteten Meldung Stellung, daß in französischen Kreisen die Absicht bestehe, auf der kommenden Anstaltungskonferenz den Antrag auf Untersuchung des tatsächlichen Standes der deutschen Währungsfragen vorzulegen.

Eine solche Investigation, führt Oberpräsident Koße u. a. aus, wäre der Ausdruck von Wahnsinn mit tödlicher Wirkung. Lediglich in erster Reihe für den Völkerbund, der noch gar nicht recht zum Leben gelangt sei. Unter Hinweis darauf, daß Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei und andere Staaten

der deutschen militärischen Macht gewaltig an Währungs zu Lande, zu Wasser und in der Luft überlegen sind, stellt Koße fest:

„Aber die deutschen Währungs gibt es keine Herabsetzungen mehr zu treffen.“ Deutschland habe nicht einmal das militärisch ausgenutzt, was ihm nach dem Versailles Diktat zu tun möglich war. Es sollte innerhalb des deutschen Volkes keinen Streit darüber geben, daß auszuwählen sei, was Deutschland nach Versailles an Währungsmöglichkeiten blieb, solange die Abklärung der Nachbarn nicht erfolge.

Eine Untersuchung des deutschen Währungsstandes auf Grund eines Beschlusses des Völkerbundes werde nicht erfolgen. Die französische Regierung habe bereits erklärt, daß sie nicht beabsichtige, einen solchen Antrag zu stellen. „Trotz des Artikels 213 des Versailles Diktats“, erklärt Oberpräsident Koße, „würde ein derartiger Beschluß auch in Zukunft nicht ausführbar sein, es sei denn daß der Völkerbund die militärische Besetzung Deutschlands beschließt. Denn mit Zustimmung einer deutschen Regierung, ganz gleich, wie sie zusammengesetzt wäre, käme eine fremde militärische Untersuchungskommission nicht einmal auf deutschen Boden.“ Mit Recht erschlagen wie ein räuberischer Hund würde der deutsche Staatsmann, der sich mit einer neuen Untersuchung der deutschen Währungs abfinden wollte. Es gebe nichts zu untersuchen.

Der Artikel schließt: „Wer von der Untersuchung des tatsächlichen Standes der deutschen Währungs spricht, . . . will die Feststellung vor aller Welt verhehlen, daß die Siegerstaaten bisher ihre im Versailles Vertrag und im Artikel 8 der Völkerbundscharta übernommene Verpflichtung zur eigenen Abklärung nicht gehalten haben.“

Keine vorzeitige Einberufung des Reichstags.

Berlin, 12. Januar.

Der Altpräsident des Reichstages hatte sich heute wiederum mit einem kommunistischen Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstags zu beschäftigen. Von deutscher nationaler Seite wurde der Zusammentritt des Reichstags gleichfalls verlangt im dem Zweck, die außenpolitischen und Reparationsfragen zu beraten. Beide Anträge wurden jedoch gegen die 229 Stimmen der Nationalsozialisten, der

R